

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES ATLANTISCHEN BÜNDNISSES

Schlußkommuniqué der Ministertagung der NATO — Erklärung zur Lage in Deutschland

Dez. 66

1. Die Minister der Mitgliedsregierungen des Atlantischen Bündnisses trafen sich in Paris.

2. Der Nordatlantikrat bekräftigte auf seiner Tagung am 15. und 16. Dezember 1966 die Ziele und Grundsätze des Bündnisses und seine Entschlossenheit, Stabilität und Wohlstand im nordatlantischen Gebiet zu gewährleisten und gemeinsame Anstrengungen zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit der in ihm vertretenen Völker zu unternehmen.

3. Das Bündnis hat sich dadurch bewährt, daß es Bedrohungen des Friedens erfolgreich abgewehrt und die Sicherheit des atlantischen Gebiets gewährleistet hat. Durch seine Verteidigungskraft und seine wirksamen Abschreckungsmittel sowie durch die Erhaltung seiner Geschlossenheit hat das Bündnis die Grundlage für die derzeitige deutliche Verringerung der Spannung in Europa geschaffen. Diese Grundlage bleibt wesentlich für die Sicherheit des Bündnisses und für Fortschritte in Richtung auf eine friedliche Lösung offener Fragen einschließlich des Deutschlandproblems.

4. Der Rat schloß sich den Auffassungen an, die in der dem Kommuniqué als Anhang beigefügten Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommen. Hinsichtlich Berlins steht der Rat zu seiner Erklärung vom 16. Dezember 1958.

5. Die Minister waren sich einig, daß weiterhin Bemühungen zur Erzielung einer friedlichen Lösung des deutschen Problems notwendig sind, um das grundlegende Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung zu erfüllen. Solange Deutschland geteilt bleibt, kann es keine echte und tragfähige Regelung in Europa geben. Der friedliche Fortschritt Europas muß ausgehen von gegenseitigem Zutrauen und Vertrauen; dies wird erst im Laufe der Zeit aus einer stetigen Politik des gemeinschaftlichen Bemühens und besseren Verständens auf beiden Seiten erwachsen. Dies bedeutet insbesondere, daß Hindernisse auf dem Wege zu einem freieren und freundschaftlicheren gegenseitigen Austausch zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beseitigt werden müssen.

6. Die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses haben ihrerseits die Absicht bestätigt, ihre Bemühungen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich fortzusetzen. Die Minister prüften den Bericht über Ost-West-Beziehungen, der gemäß den Weisungen der letzten Ministertagung vom Juni 1966 verfaßt worden ist. Sie begrüßten die vielfältigen Anregungen des Berichts und betonten ihre Bereitschaft, Wege zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bei Aufgaben zu erforschen, die für alle Beteiligten interessant und nutzbringend sind. Außerdem stellten sie fest, daß sich die Zahl der Kontakte, Gespräche und Vereinbarungen in letzter Zeit vermehrt hat. In den Ost-West-Beziehungen sind offensichtlich verschiedene Methoden des Vorgehens sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch in einem größeren internationalen Rahmen denkbar.

7. Die Minister begrüßten es, daß der Weltraumauschuß der Vereinten Nationen einen Vertragsentwurf zur friedlichen Nutzung des Weltraums gebilligt hat. Dadurch ermutigt, bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, ihre aktive Konsultation in Abrüstungsfragen fortzusetzen, den Fortgang internationaler Gespräche über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung nuklearer Waffen im Auge zu behalten und eine Einigung über befriedigende Rüstungskontrollmaßnahmen anzustreben, die zur Verbesserung der europäischen Sicherheit und zur Entspannung beitragen könnte. Sie hoffen, daß dadurch Bedingungen zustande kommen, die eine stufenweise und ausgewogene Änderung des Streitkräfteniveaus auf beiden Seiten zulassen könnten. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre Überzeugung, daß ohne Einigung über die entscheidendsten politischen Fragen keine annehmbare Dauerlösung des Problems der europäischen Sicherheit möglich ist.

8. Bei der Erörterung von Wirtschaftsfragen stellten die Minister fest, daß sich der wirtschaftliche Abstand zwischen den am weitesten entwickelten und den weniger entwickelten Ländern ver-

größert hat. Sie bekräftigten, daß alle Industrieländer ungeachtet ihres Wirtschaftssystems die Aufgabe haben, den Entwicklungsländern ihre Hilfe anzubieten.

9. Die Minister gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die derzeitigen multilateralen Zollverhandlungen (Kennedy-Runde) erfolgreich abgeschlossen werden und dadurch die Ausdehnung des Handels zum größeren Nutzen aller gefördert wird. Sie maßen den Initiativen, die auf eine Überwindung des Bestehens zweier Wirtschaftsgebiete in Westeuropa sowie auf die Erleichterung der technischen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten europäischen Staaten gerichtet sind, große Bedeutung bei.

10. Auf Initiative der italienischen Regierung fand ein Meinungsaustausch statt über Fragen, die sich aus dem ungleichen technischen Entwicklungsstand verschiedener Länder ergeben. Die Minister betonten die Bedeutung und Vielschichtigkeit dieses Problems und forderten die Ständigen Vertreter auf, das Verfahren zu prüfen, das zur weiteren Erörterung und Verwirklichung der italienischen Vorschläge befolgt werden könnte, und hierüber der Ministertagung im Frühjahr zu berichten.

Eine Entschließung zu dieser Frage wurde verabschiedet und ist beigefügt.

11. Der Rat bekräftigte die Bedeutung einer weiteren Unterstützung Griechenlands und der Türkei im Rahmen des Bündnisses, um die Wirksamkeit ihres Beitrages zur gemeinsamen Verteidigung aufrechtzuerhalten. Indem der Rat eine breite Beteiligung am Hilfsprogramm empfahl, war er übereinstimmend der Auffassung, daß dieses Programm sich auf den Zeitraum von 1966—1970 erstrecken sollte.

12. Die Minister nahmen den Bericht des Generalsekretärs über seinen Beobachtungsauftrag in bezug auf die griechisch-türkischen Beziehungen zur Kenntnis und bestätigten ihre Unterstützung für die Fortführung seiner Tätigkeit in dieser Hinsicht. Sie gaben ihrer festen Hoffnung Ausdruck, daß der fortgesetzte Meinungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland in der Zypernfrage und über die griechisch-türkischen Beziehungen zur Erzielung positiver Ergebnisse beitragen würde. Sie würdigten erneut die Anwesenheit der Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen in Zypern und äußerten wiederum die Hoffnung auf eine Besserung der Lage auf der Insel. Sie betonten, daß nichts unternommen werden sollte, was die Lage auf der Insel verschlechtern und die Spannung steigern könnte.

13. Auf Vorschlag der belgischen Regierung und unter Hinweis auf die kanadische Initiative vom Dezember 1964 beschloß der Rat, eine breit angelegte Analyse der internationalen Entwicklung seit der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags im Jahre 1949 vorzunehmen. Sie soll den Einfluß dieser Entwicklung auf das Bündnis feststellen und die vor ihm liegenden Aufgaben bezeichnen, um das Bündnis als Faktor eines dauerhaften Friedens zu stärken.

Eine Entschließung zu dieser Frage wurde verabschiedet und ist beigefügt.

14. Die Minister verabschiedeten einen Bericht über die zivile Notstandsplanung. Sie nahmen zur Kenntnis, daß eine Überprüfung dieser Arbeiten innerhalb der NATO abgeschlossen wurde und bestätigten erneut die Bedeutung dieser Planung für den Schutz der Zivilbevölkerung und zur Unterstützung der Gesamtverteidigung.

15. Am 14. Dezember 1966 trat der Ausschuß für Verteidigungsplanung auf Ministerebene zusammen. Als weiteren Schritt des im Jahre 1962 in Athen eingeleiteten Verfahrens billigten die Minister die vom Sonderausschuß der Verteidigungsminister vorgelegten Empfehlungen zur nuklearen Planung und Konsultation. Sie vereinbarten, innerhalb der NATO zwei ständige Organe für nukleare Planung zu schaffen — ein Gremium für Grundsatzfragen, das den Namen „Ausschuß für nukleare Verteidigungsangelegenheiten“ erhält und allen Mitgliedstaaten offen steht, und, diesem nachgeordnet, eine Nukleare Planungsgruppe von sieben Mitgliedern, die Einzelfragen bearbeiten wird.

16. Um die Möglichkeit rechtzeitiger Konsultationen innerhalb der NATO im Krisenfall zu verbessern, billigten die Minister

(Fortsetzung Seite 29)

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES ATLANTISCHEN BÜNDNISSES (Fortsetzung v. S. 13)

die Erarbeitung neuer Maßnahmen für einen schnellen Austausch und die wirksamere Verwendung der erforderlichen Informationen und Daten. Zur Erleichterung eines solchen Austauschs billigten die Minister grundsätzlich die Schaffung eines den ganzen NATO-Bereich erfassenden neuen Fernmeldesystems nach den vom Sonderausschuß empfohlenen Richtlinien. Sie prüften ebenfalls einen Bericht des Sonderausschusses über mögliche verbesserte Konsultationsverfahren. Sie stimmten überein, daß weitere Studien und Planungsarbeiten auf diesem wichtigen Gebiet durchgeführt werden sollten, und baten den Generalsekretär und die Ständigen Vertreter, Überlegungen anzustellen, wie diese Arbeit am besten getan werden könne. Der im Juni 1965 gebildete Sonderausschuß hat nunmehr seine Aufgabe vollendet.

17. Die Minister prüften die Berichte über den Stand der militärischen Anstrengungen der NATO und nahmen von den Verpflichtungen Kenntnis, welche die Regierungen für das Jahr 1967 im Rahmen des von den Verteidigungsministern im Juli 1966 angenommenen NATO-Streitkräfteplans eingegangen sind.

18. Nach einer umfassenden Prüfung von Fragen der Strategie, des Streitkräftebedarfs und der Mittel, in deren Verlauf sie die militärischen Möglichkeiten und Absichten der Sowjetunion erörterten, besprachen die Minister die politischen, strategischen und wirtschaftlichen Richtlinien, die den NATO-Militärbehörden für eine Beurteilung der militärischen Lage, die sich für die NATO bis einschließlich 1975 ergibt, zu erteilen sind. Sie gaben Weisungen für die Durchführung weiterer Studien auf diesen Gebieten unter Berücksichtigung dieser Erörterung.

19. Auf Grund der Ergebnisse zahlreicher seit Juli 1966 durchgeführter Studien erteilten die Minister Weisungen für die Durchführung weiterer Arbeiten im Rahmen des neuen Erhebungsverfahrens für die Verteidigungsplanung, das im Januar 1967 erstmals angewandt werden und eine regelmäßige Vorausplanung der NATO-Streitkräfte für die nächsten fünf Jahre ermöglichen soll. Das Hauptziel dieser Arbeit ist, eine optimale Ausgewogenheit der Streitkräfte und den wirksamsten Einsatz der von NATO-Regierungen für die Verteidigung zur Verfügung gestellten Mittel zu gewährleisten.

20. Die Minister unterstrichen die Bedeutung der Verteidigung der Flanken des NATO-Raums und erteilten weitere Richtlinien über die Zuführung von Verstärkung von außen im Verteidigungsnotstand. Sie erteilten außerdem Weisungen zur Verbesserung der örtlichen Streitkräfte im Südost-Bereich. In Richtung auf ein Übereinkommen über die gemeinsame Finanzierung der Übungen des Beweglichen Eingreifverbandes des Kommandobereichs Europa-Mitte wurden wesentliche Fortschritte erzielt.

21. Die Minister kamen überein zu prüfen, ob ein NATO-Satelliten-Fernmeldeprogramm geschaffen werden soll, in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten auf dem neuen, in Entwicklung begriffenen Gebiet der Raumfahrt und ihrer Anwendung auf den lebenswichtigen Fernmeldebedarf der NATO gemeinschaftliche Anstrengungen unternehmen würden. Für die Zwischenzeit wurde ein Versuchsprojekt vereinbart, das eine Verbindung zwischen dem neuen Hauptquartier von SHAPE und AFSOUTH in Neapel vorsieht.

22. Frankreich nahm an den Erörterungen, auf die sich die Absätze 15 bis 21 beziehen, nicht teil und schloß sich den entsprechenden Beschlüssen nicht an.

23. Der Rat beschloß, daß in Heysel (Brüssel) ein neues endgültiges Gebäude und in Evre, ebenfalls in Brüssel, ein neuer vorläufiger Sitz errichtet werden wird. Der Rat brachte der belgischen Regierung gegenüber seine Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, daß sie diese beiden Grundstücke zur Verfügung gestellt hat.

24. Die ordentliche Frühjahrstagung der Minister wird 1967 in Luxemburg stattfinden.

Erklärung zur Lage in Deutschland

Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten sind am 14. Dezember 1966 vor den Ministertagungen des Nordatlantischen Bündnisses in Paris zusammengetreten, um die Lage in Deutschland zu erörtern.

Die Begegnung fand genau acht Jahre nach dem Treffen der vier Außenminister vom 14. Dezember 1958 in Paris statt, bei dem Außenminister Brandt als Regierender Bürgermeister über die Lage Berlins berichtet hatte. Die Außenminister bekräftigten, daß ihre

Regierungen weiterhin für die Sicherheit und Lebensfähigkeit des freien Berlin verantwortlich sein würden.

Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nahmen die Absicht der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis, menschliche, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu entwickeln. Bei diesen Kontakten geht es insbesondere darum, die menschliche Not zu lindern, die eine Folge der Spaltung des deutschen Volkes ist. Die drei Minister teilen die Ansichten der Bundesregierung und werden diese Bemühungen im Rahmen der ihren Regierungen obliegenden Verantwortlichkeit fördern.

Die Minister betonten erneut, daß die Lösung der deutschen Frage zu den wesentlichen Problemen gehört, die sich in den Ost-West-Beziehungen stellen. Diese Regelung kann nur auf friedlichem Wege, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und durch die Schaffung einer Atmosphäre der Entspannung auf dem Kontinent unter Bedingungen erfolgen, welche die Sicherheit aller Staaten gewährleisten.

Anhang zum NATO-Kommuniqué Absatz 10

EntschlieÙung

Der Nordatlantikrat —

in der Erkenntnis, daß es weiterhin erforderlich ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Geist des Artikels 2 des Nordatlantikvertrags zu fördern;

im Hinblick auf die am 5. Oktober und 7. Dezember 1966 von der italienischen Regierung unterbreiteten Vorschläge, auf die vom italienischen Außenminister dem Rat gegebenen zusätzlichen Erläuterungen und die von anderen Ministern während der Debatte abgegebenen Erklärungen;

in der Überzeugung, daß es wichtig ist, die italienischen Vorschläge zu prüfen, damit so bald wie möglich Maßnahmen ergriffen werden können, um der internationalen Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet neue Impulse zu geben, sowie sonstige Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, den allgemeinen Stand der wissenschaftlichen und technischen Leistungen zu heben —

empfiehlt, der Ständige Rat möge das Verfahren zur weiteren Prüfung und Durchführung der italienischen Vorschläge untersuchen und dem Ministerrat auf seiner Frühjahrstagung über die Ergebnisse berichten.

beauftragt den Generalsekretär, dem Ständigen Rat alsbald einen Bericht über die in der NATO bereits in Angriff genommenen wissenschaftlichen und technologischen Programme vorzulegen, und zwar im Hinblick auf den Beitrag, den diese Arbeiten zur Verringerung technologischer Disparitäten leisten können.

Anhang zum NATO-Kommuniqué Absatz 13

EntschlieÙung

Der Rat —

von dem Wunsch geleitet, die grundlegenden Ziele des Nordatlantikvertrags im Geist des Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den Unterzeichnern des Vertrages zu erreichen.

hält es für geboten, die politischen Ereignisse, die seit der Unterzeichnung des Vertrags eingetreten sind, mit dem Ziel zu analysieren, ihren Einfluß auf die internationalen Beziehungen und das Bündnis selbst festzustellen.

In diesem Sinne *beschließt* der Rat, die künftigen Aufgaben, die dem Bündnis gestellt sind, und die Verfahren zu ihrer Lösung zu prüfen, um das Bündnis als einen Faktor zur Erzielung eines dauerhaften Friedens zu stärken. Er wird Mittel und Wege zur Verbesserung der Konsultation innerhalb des Bündnisses unter Einbeziehung der europäischen Mitgliedstaaten prüfen.

Bei der Durchführung dieser Untersuchung auf hoher politischer Ebene wird der Rat die geeignetsten Verfahren zur Erfüllung seines Auftrages anwenden.

Auf der Ministertagung im Frühjahr 1967 wird ein Vorbericht geprüft werden, und der Ministerrat wird auf seiner Tagung im Dezember 1967 die entsprechenden Schlußfolgerungen aus dieser Untersuchung ziehen.